

Plenarrede von Dr. Bärbel Kofler, MdB am 22. März 2012

zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

„Energiewende und Klimaschutz solide finanzieren – Nachtragshaushalt nutzen“ (Bundestags-Drs.17/8919)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war eine erstaunliche Rede,

(Manfred Grund [CDU/CSU]: Jawohl!)

in der über die Solidität des Fonds geredet wurde.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dabei sollte man vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen, dass diese knapp 10 Milliarden Euro bis 2016, von denen Sie, Herr Kampeter, gesprochen haben, nach den jetzt vorliegenden Zahlen mittlerweile um die Hälfte zusammengeschmolzen sind. Vor diesem Hintergrund sind die Finanzierung des Fonds und die Entscheidung darüber, wie wir die Energiewende und die Bekämpfung des Klimawandels auf eine seriöse Basis stellen können, ganz elementare Richtungsentscheidungen auch für diese Bundesregierung. Sie sollten es zumindest sein.

(Beifall bei der SPD)

Im letzten Jahr wurde im Unterausschuss eine ganze Menge versprochen. Uns ist erzählt worden: Die Mittel für das Marktanreizprogramm werden erhöht. – Im Einzelplan für Umwelt hat man sie abgesenkt. Dann hat man gesagt: Kein Problem, wir haben ja den Energie- und Klimafonds. Aus diesem Fonds werden 100 Millionen Euro für das Marktanreizprogramm eingestellt. Wir finanzieren Solarthermie. Wir finanzieren Wärmepumpen. Wir finanzieren Pelletheizungen. Das ist eine gute Basis für das Handwerk und gleichzeitig klimapolitisch relevant. All das finanzieren wir aus dem Energie- und Klimafonds.

Was passiert jetzt? Wie viel Mittel stehen im Haushalt 2012 im Bereich Energie- und Klimafonds für das Marktanreizprogramm? Null Euro!

(Otto Fricke [FDP]: Und wie viel steht im Haushalt?)

– Circa 300 Millionen Euro. Das ist aber weniger als im Jahr zuvor. Sie haben die Mittel für das so wichtige Marktanzreizprogramm über die Jahre gesenkt, statt das zu tun, was notwendig gewesen wäre, nämlich die Mittel für dieses Programm zu erhöhen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das hätte dem Handwerk genutzt, dem Klimaschutz gedient und die Energiewende vorangebracht.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Frau Kollegin, bevor Sie weiter ausholen: Der Kollege Scheuer möchte Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Aber ja.

Dr. Andreas Scheuer (CDU/CSU):

Geschätzte Frau Kollegin, wir beraten gerade im Vermittlungsausschuss eine wirklich wichtige Maßnahme, die Sie blockieren, nämlich die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung bei der Finanzierung von energetischer Sanierung. Das könnte das nächste Konjunkturprogramm für das mittelständische Handwerk werden, wenn Sie sich endlich bewegen würden und die Länder, zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, etwas für den handwerklichen Mittelstand übrig hätten. Ministerpräsidentin Kraft blockiert seit mehreren Sitzungen die Umsetzung dieser guten Maßnahme. Es geht darum, neben der Möglichkeit zur energetischen Sanierung im Rahmen eines KfW-Kreditprogramms die Kosten für diese Sanierung steuerlich abzusetzen. Würden Sie mir zustimmen, dass dies eine wichtige Maßnahme ist? Würden Sie mir einen Ausblick geben, wann Sie diese Blockade aufgeben?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Johannes Kahrs [SPD]: Wenn ihr die Länder kompensiert!)

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ich halte das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm für ein wichtiges und gutes Programm. Ich frage Sie im Gegenzug: Warum haben Sie die Mittel für dieses Programm über die Jahre kontinuierlich abgesenkt? Das ist an dieser Stelle der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Heinz-Peter Hausteil [FDP]: Frage beantworten!)

Kompensieren Sie doch die Länder für das, was Sie ihnen von der Bundesebene vorschreiben, und setzen Sie Mietern und Eigentümern, die keine hohen Abschreibungen bei der Steuer geltend machen können, entsprechende Anreize. Das geht nicht über eine progressive Abschreibung. Das geht über Zuschüsse und entsprechende Programme, zum Beispiel das KfW-Programm. Machen Sie ein solides Programm! Dann bekommen wir das miteinander hin.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Wollen Sie auch eine Zwischenfrage des Kollegen Lenkert zulassen?

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ja, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön.

Ralph Lenkert (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin Kofler, wir haben hier in mehreren Debatten gehört, dass die Unionsfraktion Ihrer Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen vorwerfen, sie könne nicht mit Geld umgehen.

(Otto Fricke [FDP]: Das ist eine Feststellung!)

Wenn die Ministerpräsidentin dem Vorschlag der Union folgen und ihn übernehmen würde, wäre es dann nicht so, dass sich die Schuldenlage Nordrhein-Westfalens noch verschlechterte?

Dr. Bärbel Kofler (SPD):

Ich bedanke mich für diese Frage, Herr Kollege Lenkert. Natürlich, man kann nicht auf der einen Seite den Ländern vorgeben, sie sollen mit ihren Haushaltsmitteln sparsam umgehen, und auf der anderen Seite dafür sorgen, dass die Länder weniger Steuern einnehmen. Da muss man sich entscheiden, auch was Nordrhein-Westfalen anbelangt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen fest: Die vollmundigen Ankündigungen aus dem letzten Jahr im Zusammenhang mit dem Energie- und Klimafonds sind Luftbuchungen. Sie selbst haben Ihre Prognose bis 2016 wieder korrigiert: Es soll ein Drittel weniger an Mitteln zur Verfügung stehen. Dabei haben Sie dies vor noch nicht einmal einem Jahr, erst vor vier Monaten bei den Haushaltsberatungen 2012, prognostiziert.

(Sven-Christian Kindler [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Über 3 Milliarden weniger!)

Wenn Sie damals zwar nicht der Opposition, aber der Warnung der Deutschen Bank geglaubt hätten, die bereits am 30. November letzten Jahres den Verfall der Zertifikatspreise prognostiziert hat, hätte Sie das vielleicht zum Nachdenken gebracht,

und Sie hätten schon damals feststellen können, dass all ihre Kalkulationen ungenügend sind und dass Sie möglicherweise zusätzliche klimapolitisch relevante Maßnahmen ergreifen müssten, um den Preisverfall der Zertifikate zu bekämpfen.

Eine Maßnahme wäre, sich massiv auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, das EU-Klimaziel einer Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 30 Prozent umzusetzen und bei der Umsetzung der klimaschädlichen Emissionen voranzugehen, statt sich vor der Verantwortung zu drücken. Das wäre klimapolitisch sinnvoll und würde auch den einen oder anderen Euro mehr in Ihre Kasse bzw. in den Fonds bringen.

Ich glaube, es ist entscheidend, dass wir mit diesen Schattenhaushalten und Luftbuchungen aufhören und wieder klare Verhältnisse und eine klare Einnahmesituation hergestellt werden. Die Mittel, die wir für Programme für den Klimaschutz und die Energiewende benötigen, müssen im Umweltetat eingestellt werden. Ich erinnere an das Marktanzreizprogramm, aber auch an die Mittel für den nationalen und internationalen Klimaschutz. Sprechen Sie mit Vertretern der deutschen Klima- und Technologieinitiative darüber, was sie von Ihrem Haushaltsgebaren halten und wie viel mehr sie in letzter Zeit an Emissionsminderung hätten machen können, wenn entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt worden wären.

Es ist wichtig, dass die Mittel im Umwelthaushalt, im Etat für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Etat für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung bereitgestellt werden. Wir brauchen keine Luftbuchungen, sondern die notwendigen Mittel für die Energieversorgung.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)